

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinfraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 12. Juli 1930

34. Jahrgang

Nummer 28

Rheinlandfeiern und die Arbeiterchaft

Am Rhein wurden große Feierlichkeiten begangen. Das ganze Stromgebiet war in festlicher Stimmung. Wimpel und Girlanden, Fahnen und Hoheitszeichen flatterten im Winde und zeigten an, daß etwas ganz Besonderes in diesem Gebiet des deutschen Reiches vorgegangen ist. Am 30. Juni 1930 hat der letzte Soldat der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands das besetzte Gebiet verlassen. Die im Versailler Vertrag Deutschland auferlegte Besetzung des Rheinlandes hat damit ihr Ende gefunden. Sie sollte nach dem Wortlaut des Friedensvertrages bis 1935 dauern und etappenweise erfolgen. Beinahe 12 Jahre ist deutsches Gebiet von fremden Truppen besetzt gewesen. Am 1. Dezember 1918 begann der Einmarsch der Truppen. Mehr als 30 Quadratkilometer deutschen Landes mit 6 Millionen Einwohnern unterstanden mehr als ein Jahrzehnt hindurch der Kommandogewalt fremder Militärs. Etwa 150000 fremde Soldaten mit ihren Angehörigen rückten 1918 nach Deutschland ein. Schulen, Kasernen, öffentliche Gebäude, Truppenübungsplätze, Wohnungen usw. mußten den fremden Heereskörpern zur Verfügung gestellt werden. Die Besetzung fremden Bodens und die Aufrichtung einer Militärdiktatur sind für jeden Menschen ein Attentat auf die Freiheit eines zivilisierten Volkes und ein abscheulicher Schandfleck auf die Kultur. Deshalb nimmt auch die Arbeiterchaft an den Befreiungsfeiern in bedingter Maße teil, ohne jedoch einer überspitzten Phrasologie, die bei solchen Anlässen zur Herrschaft kommt, zu unterliegen.

Eine neue Epoche in der deutschen Geschichte ist die Befreiung deutschen Bodens zweifellos. Es ist angebracht, in kurzen Worten rückblickend die Ereignisse der letzten 12 Jahre an uns vorüberziehen zu lassen. Hinter Drahtverhauern isoliert mußte die deutsche Delegation in Versailles kampieren. Nur unter den größten Vorsichtsmaßnahmen wurde mit ihnen verhandelt. Deutschland hatte den Krieg verloren, nicht zuletzt durch die Unfähigkeit seiner militärischen Machthaber, und mußte sich eine derartige unwürdige Behandlung gefallen lassen. Dann kam das Rheinlandregime, ausgeübt von der Interalliierten Rheinlandkommission. Nun folgte die lange Kette der Verträge, durch separatisches Vorstöße und andere Mittel, deutsches Gebiet vom Mutterlande loszulösen. Das französische Militär und allerhand Reaktionen jenseits der Vogesen verlangten die Abtrennung der linken Rheinseite von Deutschland. Wilson und Lloyd George widerlegten sich dem, dennoch gaben sie in vielen Punkten den Forderungen Clemenceaus und Fochs nach. Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 begann die vertragsmäßige Regelung der Besetzung. Die Interalliierte Rheinlandkommission hatte nach dem Rheinlandabkommen das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft, sogenannte Ordnungen, zu erlassen, durch die die Sicherheit und die Unterhaltsbedürfnisse der Besatzungsarmee gewährleistet werden sollten. Die freie Meinungsäußerung der deutschen Presse wurde verhindert, Filme und Bücher, ja sogar das Singen vaterländischer Lieder verboten, das Feiern der deutschen Flagge unmöglich gemacht, das deutsche Beamtentum wurde schikaniert und die Gruppenspflicht der deutschen Beamten eingeführt. Im weiteren Verlauf dessen erfolgten die zahlreichen Sanktionen. Am 6. April 1920 wurde Frankfurt, Hanau, Darmstadt usw. besetzt. Weitere Sanktionsmaßnahmen erfolgten nach dem Londoner Diktat, worauf die Städte Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort der Besatzungszone einverleibt wurden. Im April 1921 wurde an der Ostsee des besetzten Gebietes eine neue Zollgrenze geschaffen, durch die der Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches zerteilt wurde.

Der Höhepunkt wurde durch den Ruhrkampf eingeleitet. Französische Truppen besetzten das Ruhrgebiet, weil einige Tausend Telegraphenstangen und sonstige Lieferungen unterblieben waren. Im Ruhrkampf tritt zum zweitenmal (das erstmalige Niederwerfung des Rapp-Putsch) die deutsche Gewerkschaftsbewegung aktiv auf den Plan. Das gesamte deutsche Volk lehnte sich instinktiv gegen diese Sanktionspolitik einer fremden Militärmacht auf. Der Kampf an der Ruhr führte zur Beschlagnahme von Kohlen- und Koksorräten, Roh- und halbfertige Erzeugnisse der Hüttenwerke, von Chemikalien in den Großwerken der Chemie, zu Freiheitsstrafen von Arbeiterführern und Gewerkschaftsfunktionären, zu Plünderungen von Filialen der Reichsbank usw. Da die Eisenbahner sich weigerten, unter diesen Bedingungen Dienst zu tun, wurde das gesamte deutsche Bahnnetz im besetzten Gebiet beschlagnahmt und einer französischen-belgischen Eisenbahnregie übertragen. Maßnahmen wurden verfaßt und rücksichtslos durchgeführt. Rund 150000 Personen wurden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Es verdient anerkannt zu werden, daß die Engländer und Amerikaner diese Sanktionspolitik nicht nur nicht mitmachten, sondern entschieden ablehnten. Der Kölner Brückenkopf, wo die Engländer die Herrschaft ausübten, war in der Tat Jahre hindurch eine ruhige Insel im wildverworrenen militärischen Meer. Der Ruhrkampf hat der deutschen Volkswirtschaft einen unendlichen Schaden zugefügt. Einher mit ihm ging die Inflation. An diesen Schädigungen hat das deutsche Volk noch heute zu tragen. Es ist müßig, heute darüber zu streiten, ob der Ruhrkampf nicht vermieden oder abgekürzt werden konnte. Zweifellos sind auch von der deutschen Seite nicht geringe Fehler in diesem Völkerringen um Rhein und Ruhr gemacht worden.

Nachdem am 11. Mai 1924 bei den französischen Kammerwahlen die Politik Poincarés eine schwere Niederlage erlitt und die englische Arbeiterpartei im Parlament gewaltigen Zuzug erhielt und auch in Deutschland vieles anders und ruhiger beurteilt wurde, konnte jene Periode der friedlichen Verständigung einleiten, die schließlich mit dem frühzeitigen Abzug der französischen Truppen ihre höchste Krönung erhielt. Die Verständigungsversuche zwischen Frankreich und Deutschland waren von Erfolg. Jahrelang hat der diplomatische Kampf, der letzten Endes gegen die rückgrifftlichen Elemente diesseits und jenseits der Grenze geführt wurden, gedauert. Schließlich haben sich

Briand und Stresemann erfolgreich durchzusetzen gewußt. Der Damesplan und später der Youngplan haben der wirtschaftlichen Regelung der Reparationsfrage die Bahn gewiesen. Es steht dahin, ob die Abmachungen des Youngplanes in alle Zukunft weiter bestehen sollen. Eine neue Generation von Männern, die den Intrigen der Vorkriegszeit und der unmittelbaren Auseinandersetzung nach dem Kriege kühler gegenübersteht, wird zweifellos neue Möglichkeiten der Verständigung suchen und finden. Je mehr Frankreich und Deutschland ihr gemeinsames Schicksal erkennen, je eher ist die Möglichkeit gegeben, auch die schweren Lasten der kommenden Zeit für Deutschland mitberden zu helfen.

Die Feierlichkeiten, die gegenwärtig im Rheinland begangen werden, sollten deshalb im Geiste der Versöhnung erfolgen. Noch ist nicht aller Schutt vom Völkerverhaß und Kriegsgeschrei weggeräumt. Nicht geringe Kräfte sind am Werk, um die alte Zwietracht zwischen den Völkern lebendig zu erhalten. Wohl ist wirtschaftlich und politisch eine Annäherung erfolgt, wie sie vordem niemals zu verzeichnen war. Die Kartelle und Syndikate, Interessengemeinschaften und wirtschaftliche Verbindungen reichen über die Landesgrenzen hinaus. Der Europaplan des französischen Außenministers stellt einen Versuch dar, das bereits Erreichte weit stärker zur Geltung zu bringen. Europa muß sich in irgendeiner Form zusammenschließen, wenn es den bedrohlichen Stürmen von außerhalb widerstehen soll. Die Arbeiterchaft unterstützt diese Versuche, weil sie weiß, daß sie damit ihren eigenen Interessen dient. Der dieser Tage stattfindende Internationale Gewerkschaftskongress wird dies deutlich unterstreichen. Die Gewerkschaften sind heute, wenigstens in einzelnen Ländern, ein viel zu starker Faktor, als daß sie bei all diesen Versuchen übergangen werden können. Je stärker die Gewerkschaftsbewegung anwächst, desto besser ist es für das friedliche Zusammenwirken aller Völker. Deshalb begrüßt auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung den Tag, an dem das Rheinland endgültig von fremder Besetzung frei wurde! Wir schlagen aus diesem Grunde keine patriotischen Kurzlebensbäume, sind aber der Meinung, daß der Rhein, dieser ewige Schauplatz von Völkerringen, hinfort nicht mehr ein Zankapfel bleiben soll, sondern ein Angelpunkt der Völkerverständigung und der Völkerverständigung! Vielleicht treffen sich die benachbarten Völker später einmal an diesem historischen Strom, um das Verständigungswerk zu vollenden, welches unter so schwierigen Bedingungen in den letzten Jahren angebahnt wurde.

Der Arbeiter

soll Träger des Kapitalrisikos sein

Von Walter Plitt, Berlin.

In Zeiten der freien Konkurrenz war es zwangsläufige Folge einer jeden Krise, daß die Preise fielen und nachgaben. Die Warenpreise waren vom Willen des Unternehmers unabhängig, während heute im Zeitalter des Monopolkapitalismus die Preise einzig und allein vom Unternehmer bestimmt werden. In der gegenwärtigen Krise sind zwar die Preise der nichtartikellierten Waren gefallen, die artikkelierten aber sind gestiegen.

Aus der gegenwärtigen Situation der Wirtschaft kann es entsprechend der einfachsten wirtschaftlichen Vernunft nur eins geben: Anpassung der industriellen Rohstoffpreise an die konjunkturellen Gegebenheiten mit dem Ziel einer Bedarfsanregung und einer Wettbewerbsstärkung der Verbrauchsindustrien — vielleicht auch zugleich mit der Wirkung einer Ausschaltung solcher Betriebe, die sich als nicht konkurrenzfähig erweisen. Aber unsere Wirtschaftsführer haben sich nicht entschließen können, das zu tun, was sie tun müssen. Es ist ein interessantes Bild, das sich die Verfechter der kapitalistischen „Idee“ gegen ihre eigene These von der „freien Konkurrenz“ wenden, daß sie ihr zuwiderhandeln. Nebenbei ein Beweis, daß die ganze Sache nur noch eine Frage ist, die gut ist, zu gewissen Zeiten hervorgeholt zu werden, die man aber sorgsam verdeckt, wenn es, wie im gegenwärtigen Augenblick, nötig ist.

Jedoch klare Erkenntnis ist not. Die bestehende Form des Kapitalismus ist da. Kartelle, Monopole und sonstige Zusammenschlüsse höherer und niedriger Ordnung hemmen den normalen Ablauf. Sie sichern zwar den Kapitalisten stabilisierte Gewinne, sie machen den Dividendenbezug zu einer risikolosen Angelegenheit, ähnlich wie die Bezüge des Staatsrentners, aber mit dieser Gewinnsicherung wird das Risiko der Wirtschaft immer mehr auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt.

Sicherung der Gewinne wird auch auf andere Weise vorgenommen. Man steckt die Hauptaktionäre einfach in den Aufsichtsrat und läßt sie auf diese Weise einer höheren Rente teilhaftig werden, die auf Unterkonto verbucht wird. Nach außen sieht dann das so aus, als ob der Betrieb mit hohen Kosten arbeitet und wenig Dividende ausschüttet, nach innen aber sind die Aktionäre voll befriedigt. Auch durch Höherbewertung der Anlagen wird dasselbe erreicht. Man gibt den Sachwertbringern gutes Geld für Anlagen, damit befriedigt man sie auf lange Zeit ganz gehörig und hat dabei den Vorteil, daß man hohe Anlagen zu verzinzen hat. Auch wieder eine Scheinmaßnahme: es sieht aus, als ob der Betrieb mit niedriger Rendite arbeitet, der Kapitalist also wenig verdient, aber innerlich hat er seinen Verdienst in dreifacher Weise schon vorausgenommen.

Doch nicht genug! Da hat vor einigen Tagen Herr Professor Julius Hirsch im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel geschrieben, in dem er gegen die hohe Lagerhaltung Sturm läßt. Er sagt, zwei Hauptaufgaben haben wir zu erfüllen: Kapitalbildung und Kapitalfreisetzung. Die Wirtschaft brauche neues Kapital, das könne erreicht werden durch Freisetzung gebundenen Kapitals in der deutschen Wirtschaft. Viel unnütz Kapital liege in unserer Wirtschaft brach in den viel zu großen Warenlagern, in zuviel Betriebs- und in der schlechten Ausnutzung der vorhandenen Betriebs-

mittel. Hirsch schätzt die deutschen Warenlager auf dreißig Milliarden Reichsmark, davon sollen zwölf Milliarden im Handel liegen. Gelänge es auch nur, zehn Prozent zu sparen, so wäre für ein ganzes Jahr der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft, der Hirsch auf 2½ bis 3 Milliarden schätzt, gedeckt. Wir hätten uns also auf diese Weise eine Anleihe von drei Milliarden geschöpft und wären auf das Ausland nicht angewiesen. Außerdem ersparten wir uns noch die Verzinsung, denn es wäre ja eine zinsenlose Anleihe. Dann fährt Hirsch wörtlich fort: planmäßige schnelle Verkleinerung der Warenlager setzt Kapital frei und schafft damit neue Arbeitsmöglichkeit, billige Preise, erhöhte Verbrauchsmöglichkeit. Ja, da staunt man doch! Zunächst ist interessant, daß dieser kapitalistische Professor das Wort „planmäßig“ in den Mund nimmt. Komisch, wenn die Sache mit dem heiligen Kapitalismus schief geht, dann sollen auf einmal Ideen helfen, die vorher mit Feuer und Schwert bekämpft wurden. Dann soll auf einmal „geplant“ werden, dann soll durch Planung die Sünden dieser plan- und sinnlosen Wirtschaft gutgemacht werden. Warum erst jetzt, warum nicht schon vorher? Warum versucht man nicht, durch Planwirtschaft einer Wirtschaftskrise überhaupt auszuweichen?

Aber das Beste ist die dem wiedergegebenen Gedanken innewohnende Logik. Was hat eine Lagerverminderung für Folgen? Der Kleinhandel wälzt das Risiko auf den Großhandel ab, der wieder auf den Unternehmer und der Unternehmer? Auf den Arbeiter. Bisher galt als aller Weisheit Schluß: in Zeiten der Krise, in Zeiten der Absatzkrise arbeitet der Unternehmer auf Lager und weicht somit der Krise aus. Unterstützt wird dies noch durch Senkung der Preise. So steht es in allen nationalökonomischen Lehrbüchern, so lehren die Herren Professoren von ihren Lehrstühlen. Hier aber soll auf einmal diese Vorsichtsmaßregel, die dem Kapitalismus scheinbar innewohnt, beseitigt werden: die Lager sollen vermindert werden, und der Arbeiter muß letzten Endes dafür bluten. Denn das ist doch klar, der produzierende Unternehmer wird auch keine großen Lager anlegen, das will ja Hirsch auch nicht, sondern er wird ganz nach den einlaufenden Bestellungen die Produktion beschleunigen oder verlangsamen. Auf diese Weise würde auf Bestellung produziert, statt wie vorher auf Lager. Der Arbeiter würde bei Rückgang der Bestellungen entlassen werden, das Risiko, was vorher der Kapitalist zu tragen hatte, wird nun der Arbeiter tragen, es wird auf ihn abgewälzt. Verringert man also im Augenblick die Warenlager, dann verringert man die Bestellungen und hemmt die Produktion auf lange Zeit. Man mindert also nicht die Arbeitslosigkeit, sondern erhöht sie und bindet sie noch auf unbestimmte Zeit.

Nein, auf diese Weise wird man der Krise nicht beikommen. Es gibt nur eins: man sehe den Mechanismus des Kapitalismus in vollen Gang: Niederfallen der Preise, dann muß die Arbeitslosigkeit abnehmen, dann muß die geregelte Produktion wieder anfangen. Da durch die Monopole und Kartelle ein automatisches Fallen der Preise verhindert wird, „verhandle“ man über Preisentungen, „plane“ auf diese Weise. Herr Bögl, der Generaldirektor des Ruhrmontantruffs, erklärte kürzlich auf der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute: Wenn wir uns nach den Gründen fragen, die die heutige Krise hervorriefen, so müssen wir erkennen, daß wir in erster Linie einen Preisabbau herbeiführen müssen, um wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Also bitte! Die Unternehmer sollen beginnen, die Arbeiter werden es an Einsicht nicht fehlen lassen und dann über Lohnreduzierung reden lassen. Aber eins ist zu fordern: die Reallohnhöhe muß erhalten bleiben. Denn noch immer gilt der Satz, daß die Kaufkraft der Massen entscheidend ist für das Fluktuieren der Wirtschaft.

Zehnjahresprogramm für den Straßenbau

Denkschrift der Studiengesellschaft.

Im „Finanz- und Handelsblatt der Völkischen Zeitung“ vom 27. Juni 1930 wurde darüber berichtet: „Die Umgestaltung des Verkehrs stellt die deutsche Wirtschaft vor immer neue Aufgaben. Besonders eindringlich ist die Lehre, die die Zunahme des Kraftwagenerverkehrs allen Verkehrstechnikern gibt. Hinzu kommen politische Momente, die Verringerung der Grenzen, die gleichfalls eine Umgruppierung im Verkehrsweisen zur Folge gehabt haben. Frühzeitig richtete sich daher der Blick der Interessenten auf den deutschen Straßenbau.“

Die Studiengesellschaft für die Finanzierung des deutschen Straßenbaus, der neben Banken, Sozialversicherung, Post, Interessentvertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie, Materiallieferanten u. a. m. angehört, legt jetzt eine Denkschrift vor, die die Finanzierung des deutschen Straßenbaus behandelt. Die Denkschrift hat gerade jetzt besonders aktuellen Wert, weil man eingesehen hat, daß ein großzügiges Bauprogramm geeignet sein könnte, der Arbeitslosigkeit zu steuern und die Wirtschaft auf allen Gebieten anzukurbeln. Daß der Straßenbau dabei eine ausschlaggebende Rolle spielt, braucht nicht ausdrücklich gesagt zu werden. Fraglich war bisher immer nur, wie man solche Programme finanzieren soll. Daß man sie finanzieren kann, wenn die Interessenten den ersten Willen haben, geht aus dieser Denkschrift hervor.

Der Aufwand und der Bedarf für den deutschen Straßenbau geht von einem Betrage von rund 5 Milliarden Mark aus und fußt auf einem Ausbauplan der preussischen Provinzialstraßen, dem Programm der preussischen Landstraßen und anderer außerpreussischer Länder. Stadtstraßen sind nicht mit einbezogen. Es wird berechnet, daß noch für rund 4,5 Milliarden Um- und Ausbauten vorzunehmen sind, und daß hiervon eine Milliarde für Bauten zu verwenden ist, die eine Lebensdauer von zwanzig Jahren haben. Für längerfristige Investitionen bleibt noch ein Betrag von 3,5 Milliarden übrig. Die Denkschrift nimmt an, daß bei der bisherigen Art der Finanzierung 12 bis 13 Jahre notwendig wären und rechnet aus, wie die Sache aussehen würde, wenn man das Programm auf 10 und auf 8 Jahre beschleunigt.

Die Kraftfahrzeugsteuer als laufende jährlich wiederkehrende Einnahme soll in den Dienst der Sache gestellt werden

als Kente für einen Kapitalbetrag, der neu im Straßenneß zu investieren ist. Das Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer in 1930 entspräche, so sagt die Denkschrift, kapitalisiert bei seiner Verwendung zu Annuitäten bei einem Zinssatz von 5 Prozent einer Anleihe-Investition von 3 Milliarden, bei 7 Prozent von 2,6 Milliarden. Man kann nun, meint die Denkschrift, die Kraftfahrzeugsteuer durch Anleiheaufnahme vorweg verwenden. Mit Recht wird gesagt, daß Daueranlagen mittels Anleihen zu finanzieren sind. Das sei der einzig richtige Weg, die finanzielle Seite des Straßenbauproblems zu lösen.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß namentlich die Landwirtschaft für ihre hochwertigen Produkte gute Autostraßen braucht, daß es nicht angängig sei, den Autoverkehr zu droffeln, daß Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, und daß sich daraus die Notwendigkeit einer Bevorzugung von Straßenbau-Anleihen ergibt.

Empfohlen wird daher ein Programm von 8 bis 10 Jahren.

Als Anleihe-träger für die gemeinsame Straßenbauanleihe aller Wegeunterhaltungsstellen müsse eine Stelle geschaffen werden, die durch freiwilligen Zusammenschluß der Wegeunterhaltungsstellen ins Leben gerufen werden müsse. Empfohlen wird die Rechtsform der Aktiengesellschaft, für die die Bezeichnung Deutsche Straßenbaukredit-WG. vorgeschlagen wird. Aktionäre sollen die anliegendernden Wegeunterhaltungsstellen bleiben. Münchenswert erscheint es aber, wenn auch sonstige Straßenbauinteressenten Aktien übernehmen. Die Anleihe soll gesichert werden durch Haftung der einzelnen Unterhaltungsstellen, von denen jeder einzelne für den ihm zugewiesenen Teil aus dem Anleiheerlös haftet. Eine Verpfändung der Kraftfahrzeugsteuer soll nicht in Frage kommen. Aber das Reich soll den einzelnen Haftpflichtigen die Zins- und Amortisationsbeträge aus der Kraftfahrzeugsteuer überweisen.

10 Millionen Arbeiter verdienen keine 1200 Mark im Jahr

Gläubt man den Unternehmern, dann geht es den Arbeitern allen sehr gut. Die Unternehmer tun so, als wenn der Arbeiter und kleine Angestellte Not gar nicht kennt, so gut sei für sie gesorgt. Man zählt die Stundenlöhne auf und rechnet aus, was dabei im Jahre herauskommt, über die Verluste durch Krankheit und Arbeitslosigkeit geht man stillschweigend hinweg. Der brutale Angriff auf die Löhne wird mit schönen Phrasen umgeben, und die Bürgerblock-Regierung mit ihren Finanzratensbüchern gibt den willkommnen Anlaß dazu. Daß der Lohn des Arbeiters nicht gekürzt werden darf, wird jetzt bewiesen durch die Lohnsteuerstatistik, die vom Statistischen Reichsamt soeben für das Jahr 1928 veröffentlicht wird. Gegenüber 1928 haben sich die Löhne und Gehälter bis heute nur geringfügig erhöht, in manchen Berufen überhaupt nicht, so daß die dort festgestellten Tatsachen auch noch heute in vollem Umfange zutreffend sind.

Insgesamt waren im Jahre 1928 in Deutschland rund 24 Millionen Lohnsteuerpflichtige vorhanden, also 24 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte männlichen und weiblichen Geschlechts. Davon zahlten rund 10 Millionen keine Steuern, d. h. sie waren vom Steuerzahlen befreit, weil sie weniger als 1200 Mark Jahresverdienst hatten. Außerdem schieden 415 000 Lohnsteuerpflichtige vom Steuerzahlen aus, deren Einkommen zwar 1200 Mark überstieg, die aber wegen der Kinderzahl keine Steuern zahlten. Es ist also die Tatsache zu verzeichnen, daß rund 10,5 Millionen Arbeiter und Angestellte keine Steuern zahlten, weil sie nicht das Existenzminimum verdienen. Rund 44 Prozent der im Erwerbsleben stehenden Arbeiter, nahezu die Hälfte, hat unter 1200 Mark Jahresverdienst. Das ist eine erschütternde Feststellung!

Von den restlichen 13,5 Millionen, die Steuern zahlten, hatten rund 46 Prozent auch nur ein Jahreseinkommen bis 1500 Mark. Es verbleiben mithin nur rund 7,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, die über 1500 Mark im Jahre bekommen. Weitere 38 Prozent der Steuerzahlenden haben ein Jahreseinkommen von 1500 bis 3000 Mark. Ueber 3000 Mark haben nur rund 16 Prozent der Steuerzahlenden.

Es ergibt sich daraus die erschütternde Tatsache, daß von 24 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern nur 2,1 Millionen über 3000 Mark im Jahre verdienen. Die übrigen, und es ist gewiß eine gewaltige Zahl, haben einen Monatsverdienst von unter 250 Mark. Das ist eine Summe, mit der sich die Generaldirektoren als Tagesentgelt nicht begnügen. Für sie wirft man Tausende hinaus, für die Arbeiter und Angestellten ist nichts da. Das empörendste aber ist, daß die niedrigen Löhne und Gehälter noch gesenkt werden sollen! Die Unternehmer sprechen nicht von den Jahresverdiensten der Arbeiter, sie weisen immer auf die Stundenlöhne hin. Aber der Arbeiter lebt nicht davon, was er in einer Stunde verdient, sondern von dem Jahresverdienst. Je mehr Feierlichkeiten es gibt, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Aussetzen, desto mehr verringert sich das Jahreseinkommen. Am Jahresende stellt dann der Facharbeiter fest, daß er trotz seines „guten“ Stundenlohnes nicht das Existenzminimum verdient hat. Das wird von den Unternehmern geflissentlich übersehen, die Anerkennung dieser Tatsachen würde sich gegen sie richten!

Aber die Frage hat noch eine andere Seite. Die Unternehmer haben die Unterstützung der Reichsregierung in ihrem Kampfe gegen die Löhne gefunden. Die Regierung begibt sich damit auf einen

für ihre Finanzen bedenklichen Weg. Verringert sich das Lohnnetto, verringern sich auch die Steuereingänge aus den Lohnsteuern. Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamtes sind die Steuerbeträge aus der Lohnsteuer von 996,8 Millionen Mark 1926 auf 1,2 Milliarden Mark im Jahre 1928 gestiegen. Bei einer Senkung des Lohnniveaus werden die Beträge zurückgegeben. Oder ist etwa beabsichtigt, das Existenzminimum zu senken? Da die derzeitige Regierung schon manchen arbeiterfeindlichen Plan ausgeheckt hat, muß man befürchten, daß sie auch damit noch kommt. Auf jeden Fall haben die Arbeiter allen Grund, auf dem Posten zu sein!

E. N.

Die Lohnsenkungsaktion erregt im Ausland Kopfschütteln

Der famose Schiedsspruch von Deynhäusen, der vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde, wird noch auf lange Zeit hinaus berechtigtes Aufsehen erregen. Es ist ein Skandal, gerade den Arbeitergruppen vom Lohn abzuziehen, die am längsten und am schwersten zu arbeiten und die niedrigsten Lohnsätze haben. Daß das Ausland derartige Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgt, kann sich jeder denken. Ein Redakteur der „Industrie- und Handelszeitung“ hat, während der Schiedsspruch gefällt wurde, eine Engländerreise unternommen, worüber er in seiner Zeitung Nr. 145 u. a. folgendes berichtet:

„Besonders bemerkenswert war jedoch die der Tendenz nach fast einmütig ablehnende Aufnahme, die der Schiedsspruch im Ausland gefunden hat. Ich selbst habe dies aus nächster Nähe feststellen können, da ich mich zur Zeit, als der Schiedsspruch erging, auf einer Vortragsreise in London befand. In Gesprächen mit Persönlichkeiten aus allen Kreisen des englischen Wirtschaftslebens, der Unternehmer, der Gewerkschaften, der Finanz, sowie mit Politikern, Wirtschaftsjournalisten usw., überall begegnete man Kopfschütteln, ja teilweise Erbitterung darüber, daß man in Deutschland gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Kaufkraft auf der ganzen Welt einen so niedrigen Stand erreicht hat, zu einer weiteren willkürlichen Herabsetzung der Kaufkraft schreite. Ich habe häufig die allergrößte Mühe gehabt, meinen Diskussionspartnern drüben auseinanderzusetzen, daß dies selbstverständlich nicht die Absicht der deutschen Wirtschaftspolitik ist, aber auch bestimmt nicht die Folge der jetzt ergriffenen Maßnahmen sein könne. Man hat mich gar zu gern immer wieder auf das Beispiel der Vereinigten Staaten verwiesen, die mit ihrer Politik der hohen Löhne so große Erfolge erzielt haben — also die bekannte Kaufkrafttheorie, die sich auch in Deutschland großer Beliebtheit erfreut.“

Es hat also bei den Engländern berechtigtes Kopfschütteln erregt, daß man auf diese Art in Deutschland versucht, die Wirtschaft anzukurbeln. Wenn auch die englischen Unternehmer, wie die Vorgänge im englischen Bergbau gezeigt haben, um keinen Deut besser sind, so können sie es aber doch nicht begreifen, daß man sich ausgerechnet die Eisenindustrie zu einem derartigen Experiment ausgesucht hat. Der betreffende Redakteur berichtet dann weiter über seine Bemühungen, den Engländern die Notwendigkeit einer solchen Wirtschaftspolitik klar zu machen. Wir glauben, und das ist auch zwischen den Zeilen zu lesen, daß es ihm nicht gelungen ist. Unbegreiflich ist den Engländern der Widerspruch der gebundenen und freien Preise. Kartellpreise, die selbst in schwierigen Krisenzeiten auf ihrer alten Höhe beharren und weitgehend mit den freien Preisen auseinanderlassen, sind dort etwas Unbekanntes. Doch dies alles nur nebenbei. Wichtig ist für uns die Tatsache, daß nicht nur den Engländern, sondern dem gesamten Ausland die Lohnsenkungsaktion, ausgerechnet zu einer Zeit, wo die Stärkung der Kaufkraft eine dringende Notwendigkeit wäre, als trasser Unsinn vorkommt.

Die Richtungen in der Weltgewerkschaftsbewegung

Die Mainnummer der Monatschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“ veröffentlicht eine ausführliche Statistik über den Stand der Weltgewerkschaftsbewegung im Jahre 1928. Wir entnehmen ihr nachstehende Angaben über die verschiedenen Richtungen: Freigewerkschaftliche Organisationen. Während des Jahres 1928 stieg die Gesamtmitgliedszahl der freigewerkschaftlichen Organisationen von 19 377 448 auf 19 862 307, also um 484 859 (2,5 Prozent). Von den 4 Hauptrichtungen der Gewerkschaftsbewegung steht die freigewerkschaftliche in jedem Weltteil an der Spitze und läßt die anderen weit hinter sich zurück. In Europa vertraten die freigewerkschaftliche Richtung im 31. Dezember 1928 13 991 143 Mitglieder. Dies bedeutet gegenüber 1927 (13 594 459) eine Zunahme um 396 684 (2,9 Prozent). Dann folgt Amerika mit 5 548 794 freigewerkschaftlich Organisierten und einer Zunahme gegenüber 1927 (5 380 072) von 168 722 (3 Prozent). In Asien ging die freigewerkschaftliche Mitgliederzahl im Jahre 1928 von 230 584 auf 227 685, also um 2899 (1,2 Prozent), zurück. Ein Rückgang ist auch in Afrika festzustellen, wo die Mitgliederzahl von 122 333 auf 30 885, also um 91 448 (74 Prozent), sank. In Australien ist eine Zunahme der Zahl der freigewerkschaftlich Organisierten von 50 000 auf 55 800 (also um 5800 oder 11,6 Prozent) zu verzeichnen.

Die Zahl der Länder, in denen die freigewerkschaftliche Richtung vertreten ist, betrug am 31. Dezember 1927 56 und stieg während

des Jahres 1928 um 1. Die Zahl der europäischen Länder blieb die gleiche (27); in Amerika ging sie um 1 auf 15 zurück, in Australien erfolgte keine Veränderung (2), in Asien erhöhte sie sich um auf 6, in Afrika um 1 auf 7. Auch in der Zahl der Länder steht die freigewerkschaftliche Richtung an der Spitze.

Kommunistische Organisationen. Im Gegensatz zu der freigewerkschaftlichen ist die kommunistische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1928 erheblich zurückgegangen. Sie zählte am 31. Dezember 1927 13 670 462 Mitglieder, Ende 1928 jedoch nur noch 11 706 906, was einer Abnahme um 1 963 556 (14,3 Prozent) gleichkommt. Dies war vorauszuheben: die riesige Zahl von 2 800 000 Gewerkschaftsmitgliedern in China, mit der die Kommunisten im Jahre 1927 die Welt überraschten, hat sich als Bluff erwiesen. Die sogenannte kommunistische Gewerkschaftsbewegung in China ist zusammengebrochen.

Die übergroße Mehrheit der kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder stellt Europa, wo die Zahl im Jahre 1928 von 10 788 117 auf 11 582 764, also um 794 647 (7,3 Proz.), stieg. Diese Erhöhung wurde vor allem durch die russische Gewerkschaftsbewegung erzielt, wobei man jedoch in Betracht ziehen muß, daß die Gewerkschaften in Rußland keine selbständigen und unabhängigen Organisationen der Arbeiter, sondern Staatseinrichtungen sind. Asien steht in der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung an zweiter Stelle, und zwar mit 74 452 Mitgliedern im Jahre 1928, gegenüber einer Zahl von 2 905 000 Ende 1927. Dieser gewaltige Rückgang erfolgte, wie bereits gesagt, durch den Zusammenbruch der kommunistischen Gewerkschaften in China. An dritter Stelle kommt Amerika, wo die Zahl der kommunistisch Organisierten ebenfalls zurückging, und zwar von 77 345 auf 46 078 (40,4%). In Afrika, wo die kommunistische Richtung Ende 1927 noch keine Anhänger hatte, betrug die Zahl Ende 1928 3612.

Die Zahl der Länder mit kommunistischer Gewerkschaftsbewegung blieb die gleiche, und zwar 29, davon 15 in Europa, 8 in Amerika, 4 in Asien, 1 in Australasien und 1 in Afrika.

Konfessionelle Gewerkschaften. Die Gesamtmitgliedszahl der konfessionellen Gewerkschaftsbewegung ging im Jahre 1928 von 2 149 069 auf 2 120 562, also um 28 507 (1,3%), zurück. In Europa betrug die Abnahme 7710 (0,3%), und zwar von 2 101 922 im Jahre 1927 auf 2 094 212 im Jahre 1928. In Amerika verringerte sich die Zahl von 47 147 auf 26 000 im Jahre 1928, also um 21 147 (44,8%). In Asien gab es Ende 1927 noch keine konfessionellen Gewerkschaften, Ende 1928 gab es 350 Anhänger dieser Richtung. In Australasien und Afrika bestehen keine konfessionellen Gewerkschaften.

Die Zahl der Länder mit konfessioneller Gewerkschaftsbewegung stieg im Jahre 1928 von 16 auf 17, und zwar 13 in Europa, 3 in Amerika, 1 in Asien.

Syndikalistische Gewerkschaften. Die Gesamtmitgliedszahl der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung stieg im Jahre 1928 von 285 500 (1927) auf 323 643, also um 38 143 (13,3%). Diese Zunahme wurde vor allem durch die größere Vollständigkeit der Angaben der freigewerkschaftlichen Landeszentrale Polens hervorgerufen, die für 1927 keine, für 1928 jedoch 120 000 syndikalistische Gewerkschaftsmitglieder meldete.

In Europa stieg die Mitgliederzahl der syndikalistischen Organisationen von 112 500 auf 228 443, also um 115 943 (103,0%). In Amerika ging sie dagegen von 173 000 auf 89 200, also um 83 800 (48,4%), zurück. Für Asien werden im Jahre 1928 6000 Mitglieder gemeldet, während unsere Statistik 1927 noch keine angab. In Afrika gibt es 2 Länder mit syndikalistischen Gewerkschaften, deren Mitgliederzahlen jedoch nicht bekannt sind. In Australien bestehen keine syndikalistischen Organisationen.

Die Zahl der Länder mit syndikalistischer Gewerkschaftsbewegung stieg im Jahre 1928 von 15 auf 25, davon 13 in Europa, 9 in Amerika, 2 in Afrika und 1 in Asien. Die Zunahme ist vor allem in den vollständigeren Angaben begründet.

Die Gewerkschaften, die keiner der Hauptrichtungen angehören oder deren Richtung nicht feststeht, umfaßten Ende 1928 10 177 107 Mitglieder, gegen 10 704 501 Ende 1927.

Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten betrug demnach 44 190 525 Ende 1928, gegen 46 187 060 Ende 1927.

Der Anteil der 4 Hauptrichtungen an der Weltgewerkschaftsbewegung gestaltete sich auf Grund unserer Statistik in den Jahren 1927 und 1928 wie folgt: freigewerkschaftlich 42,0% und 45,0%; kommunistisch 29,6% und 26,5%; konfessionell 4,6% und 4,8%; syndikalistisch 0,6% und 0,7%; die übrigen Gewerkschaften umfaßten 23,2% bzw. 23,0%.

Von den 4 Hauptrichtungen hat also nur die kommunistische Richtung eine relative Abnahme zu verzeichnen. S.G.B.

Bücher und Zeitschriften

Rund um den Youngplan. Reparationsproblem und Proletariat. Von Bernhard Dörmel. Umfang 48 Seiten. Großformat. Preis kart. 85 Pf. Langenlocherische Schriftenreihe. E. Laubache Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Die außerordentlich schweren Reparationslasten für Deutschland werden in dieser Heftreihe politisch auseinandergesetzt, solange sie aufgebracht werden müssen. Bernhard Dörmel versucht nachzuweisen, daß sie bisher in Deutschland ausschließlich von den Massen der arbeitenden Bevölkerung getragen worden sind, während die kapitalistischen Schichten der Bevölkerung durch die weitgehende Ausschaltung des demokratischen Parlamentarismus auf die wichtigsten deutschen Wirtschaftsinstitute (Reichsbank und Reichsbahn) aus der Reparationsfrage eine ungemessene Befreiung ihrer gesellschaftlichen Machtposition bezogen. Dörmel geht soweit, zu behaupten, daß von den wirtschaftlichen Sachverständigen Deutschlands bei den entscheidenden Beratungen über den Youngplan gemeinsam mit den Vertretern der Reparation empfangenden Länder die nationale Ideologie wie die demokratische Idee demütigt und verächtlich gemacht, um der privaten deutschen Wirtschaft besondere Machtmittel gegen die Durchsetzung sozialer Aufbringungsverfahren international zu garantieren.

Der unorganisierte Kollege soll es lesen!

Horch auf, Kollege! Gestatte mir die Frage: Warum bist du dein eigener Feind? Versuche zu verstehen, was ich dir jetzt sage, wenn es dir auch als Nichtigkeit erscheint.

Das Kapital ist mächtig wie sein Geld! Das ist dir nur zu gut bekannt. Es spielt mit Existenzen, wie es ihm gefällt, hat auch dein Dasein in der Hand. Wie eine Spinne spinnt es seine Neze um Wirtschaft, Politik, Gelehrte und fängt darin des Volkes Schätze ein, denn es will Herrscher über Recht und Wirtschaft sein. Es läßt dich schreien, daß die Schwärze knackt, darfst nie den Lohn, der dir gebührt, begehren, und bist du ausgepreßt und abgewracket, dann darfst du dich zum Teufel scheren.

Das ist brutale Wirklichkeit! Wie kannst du dich vor solchem Schicksal schützen? Wer kann dir nützen? Wer dich stützen? Wer ist dein Freund, zur Hilfe stets bereit?

Allein bist du dem Schicksal preisgegeben, wenn auf dich selbst du angewiesen bist, denn immer war es so im wirtschaftlichen Leben, daß nur der Stärkere der Schicksalslenker ist. Der Unternehmer weiß, was Einigkeit bedeutet, deshalb organisiert er sich, schwach in dieser Einsicht weiß er aber dich, drum hat er dies für seinen Zweck schon immer ausgebaut. Mitglied im Unternehmerbunde ist der Jude und der Heide und der Christ.

Jetzt höre mich, mein Freund, bedächtig an: Der Arbeitsmann gehört zum Arbeitsmann! Dies Wort ist ein Programm — klar, einfach zu begreifen, jedoch das Einfachste will leider oft nur schwer zur Ueberzeugung, zur Erkenntnis reifen und pendelt zwischen Wenn und Aber hin und her

Auch du hast dies und jenes auszusehen, dies oder jenes paßt nicht deinem Sinn, von diesem oder jenem läßt du dich beschwähren: schon bist du im Verlust und jener im Gewinn! So bist du deinem Gegner dann tributbesessen und bist dein eigener Gegner, ohne es zu wissen.

Auch du bist stark, mein Freund, doch nicht allein, mit vielen deinesgleichen kannst du Riese sein. Als Einzelkraft ist deine Kraft zu schwach, doch hebt sich deine Kraft millionenfach, reißt du sie in das Kraftwerk von Millionen ein. Wer will alsdann dein Ueberwinder sein? Dies Kraftwerk heißt Verband. Er braucht auch deine Kraft, damit er dann für dich durch dich und durch das Ganze schafft, was dich und was das Ganze unerschütterlich stützt, und vor den Schlägen des Geschickes schützt.

Wie wäre es — bedenke! — ohne den Verband? Es wäre so wie einft vor siebzig Jahren, als die Proleten rechtlos und verachtet waren. Der Unternehmer wäre Herr im Haus, brutal, allmächtig, arrogant — er: die Kasse — du: die Maus! Du hättest nichts zu sagen und zu klagen, du müßtest jede Willkür wie ein Knecht ertragen, gepreßt ins Joch der doppelt langen Fron bei — Prügel gratis! — doppelt largem Lohn. Kein Arbeits-, kein Tarifrecht würde dich beschützen, dich würde auch kein Bund der Freunde unterstützen, kein Parlament erhörte deine Pein: in allem würdest du ein Aßenbrödel sein!

Jetzt ist es anders! Auch du bist vollberechtigt, zur Mitbestimmung bist auch du ermächtigt, nur mußt du deine Rechte kennen und ihre Wahrung nicht verpennen. Wer hat dafür jahrzehntelang gestritten? Geopfert Gut und Blut? Im Kerker schwer gelitten? Erduldet Spott, Verleumdung, Lüge, Hohn? Das war ja deine Organisation! Ja, dein Verband ist es gewesen! (Das mußt du zweimal — dreimal lesen!)

Die Früchte dieses Kampfes darfst du jetzt genießen, obwohl dazu du nichts geopfert hast. Schön ist es nicht, sich kleinstem Opfer zu verschließen, jedoch zu nehmen, was zu nehmen paßt.

Es könnte gegen einst noch besser sein, als es schon ist, wenn du dem nicht im Wege ständest, wenn endlich mal du deinen Schlaf beendest, wenn endlich sehend du geworden bist. Merkst du es nicht, worum es geht? Weißt du es nicht, was auf dem Spiele steht? Das Kapital will uns zu Paaren treiben und Sieger auf der ganzen Linie bleiben. Es heßt „gesetzlich“, treibt zu trockenem Putsch, Tariflohn, Urlaub, jedes Recht geht anders futsch! Du bist sein Helfer, wenn du abseits stehst und nicht mit deinen Brüdern in der Reihe gehst!

Du scheust den Beitrag? Kannst ihn nicht bezahlen? Et, lieber Freund, das ist ein netter Witz! Für den Alibim läßt du kein Geld dir malen, dafür hast du zuviel noch im Besitz. Ein Satz, ein Regellub kann deinen Lohn nicht bessern, auch fließt die Kraft zur Abwehr nicht aus Starbierfassern nein — in der Zeit des Sturms und Drangs gilt nur die lüdenlos geschlossene Klammer! Dein Wenn, dein Aber gilt hier nicht, ein Mann zu sein ist hier die erste Pflicht. Was dem Verband du gibst, wird tausendfach verzinst, ein Taler für zehn Pfennig schon ist dein Gewinn, wenn alles du summierst, was kämpfend der Verband an Lohn und Recht und Freizeit dir hat zugewandt.

Ist dir, mein Freund, jetzt alles klar? Ist das geschwindelt? Oder ist das wahr? Du zögerst noch? Die Sache war und ist: Sie Arbeitsmann — hie Kapitalist! Hier darfst du dich zu lange nicht besinnen, hier heißt es handeln, fordern, mit der Tat beginnen. Drum mache deinen Geist von Spinnweben frei, sei eins mit uns und trete dem Verbands bei! Viktor Kalinowski.

Was irgend gehen will und waffen,
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Aus unserem Jahrbuch. Ueber „Krankheit und Sterblichkeit“ werden darin nachstehende Angaben gemacht:

Im Jahre 1929 wurden 473 Sterbefälle gemeldet (gegen 420 im Jahre 1928 und 412 im Jahre 1927). Von den 473 Verstorbenen waren 87 Sandsteinmehrer, das sind 18,4 Prozent, während die Gruppe der Sandsteinmehrer nur 5,3 Prozent der Gesamtmitgliedschaft umfaßt.

Anteil der Berufsgruppen an den Sterbefällen und das Durchschnittsalter der Verstorbenen.

Es starben	Gesamalter			Durchschnittsalter		
	Jahre	Mon.	Tage	Jahre	Mon.	Tage
87 Sandsteinmehrer	4445	7	3	51	1	5
13 Sandsteinbrecher	645	7	5	49	7	28
8 Kalk- u. Lithographie-Steinarb.	411	—	2	51	4	15
2 Griffelmacher u. Schieferarbeit.	115	1	—	57	6	15
17 Marmor- u. Granitsteinmehrer	3079	7	21	54	1	19
59 Marmor- und Granitschleifer	1058	8	16	55	8	19
54 Pflastersteinmacher	2660	4	26	49	3	19
47 Granitbrecher	2234	6	6	47	6	15
37 Steinseher	4739	4	3	54	5	21
18 Kammer	952	10	21	52	11	7
81 Hilfsarbeiter aller Branchen	4211	2	15	52	11	22
473 Mitglieder	24553	4	28	51	10	28

Zu vorstehender Aufstellung ist zu bemerken, daß die Durchschnittsziffern um so kritischer aufgenommen werden müssen, je geringer die der Berechnung zugrunde liegende Zahl der Sterbefälle ist, beispielsweise bei den Griffelmachern und Schieferarbeitern.

Das Durchschnittsalter (von 51 Jahren, 10 Monaten, 28 Tagen) wurde nicht erreicht von 37 Sandsteinmehrer, 5 Sandsteinbrechern, 21 Marmor- und Granitsteinmehrer, 25 Marmor- und Granitbrechern, 27 Pflastersteinmachern, 31 Steinsehern, 33 Hilfsarbeitern. Der hohe Prozentsatz bei den Marmor- und Granitbrechern ist hauptsächlich auf Unfälle zurückzuführen.

Todesursachen.

Ursache	Todesursachen											insgesamt
	Sandsteinmehrer	Sandsteinbrecher	Kalk- und Lithographie-Steinarb.	Griffelmacher u. Schieferarbeiter	Marmor- u. Granitsteinmehrer	Marmor- und Granitschleifer	Pflastersteinmacher	Granitbrecher	Steinseher	Kammer	Hilfsarbeiter aller Branchen	
Lungenleiden	45	10	3	1	20	3	7	7	8	—	8	112
Lungenentzündung	3	—	—	—	9	1	9	4	6	2	6	40
Althma	6	—	—	—	2	1	1	3	5	—	2	20
Nalsteiden	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	3
Herzleiden	16	—	—	—	8	2	7	4	18	6	11	72
Magenleiden	2	—	—	—	5	5	6	4	5	1	2	27
Darmleiden	—	—	—	—	2	—	—	—	4	1	4	13
Leberleiden	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	7
Nierenleiden	1	—	—	—	1	—	—	—	1	1	4	8
Grippe	—	—	—	—	3	1	1	1	1	—	2	9
Rippenfellentzündg.	3	—	—	—	1	—	—	—	1	—	—	5
Nervenleiden	—	—	—	—	1	—	—	—	3	—	1	5
Gehirnleiden	2	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	7
Alterschwäche	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
Unfall	2	1	3	—	2	1	6	14	8	2	10	49
Blutvergiftung	—	—	—	—	1	1	—	—	2	—	—	4
Sonst. Krankheiten	3	1	—	—	1	3	9	1	8	3	12	41
Freiwilg	2	1	—	—	2	2	2	1	2	2	5	21
Unbekannte Ursachen	1	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	8
Todesfälle insgesamt	87	13	8	2	57	19	54	47	87	18	81	473

Wie bisher sind in den Berufsgruppen der Steingewinnung und -bearbeitung die Staubkrankheiten vorherrschend. Bei den Steinsehern tritt die große Zahl der an Herzleiden verstorbenen Kollegen besonders hervor. Unter Unfällen haben auch die Hilfsarbeiter aller Berufsgruppen (namentlich beim Laden und Transportieren der Steine) besonders stark zu leiden.

Die Krankheitsdauer der Verstorbenen.

Gruppe	Krankheitsdauer							insgesamt
	keine	bis 1 Monat	bis 6 Monate	bis 1 Jahr	bis 2 Jahre	bis 3 Jahre	bis 4 Jahre	
Sandsteinmehrer	10	3	36	10	14	8	2	87
Sandsteinbrecher	2	—	4	2	4	—	—	13
Kalk- und Lithographie-Steinarbeiter	2	1	2	1	—	—	—	6
Griffelmacher und Schieferarbeiter	—	—	—	1	1	—	—	2
Marmor- und Granitsteinmehrer	7	13	10	7	9	4	3	57
Marmor- und Granitschleifer	3	2	8	5	—	—	—	19
Granitbrecher	16	9	12	5	4	1	—	47
Pflastersteinmacher	11	16	12	8	6	1	—	54
Steinseher	33	18	23	8	5	—	—	87
Kammer	5	6	2	2	1	—	1	18
Hilfsarbeiter aller Branchen	18	16	30	6	6	4	1	81
Zusammen	107	84	139	55	50	21	9	473

Von den Verstorbenen hatten bis zum Tode 1 Sandsteinmehrer, 1 Granitsteinmehrer und 1 Kammer eine vier bis fünf Jahre dauernde Krankheit zu ertragen, eine solche bis 6 Jahre 2 Sandsteinmehrer und 2 Granitsteinmehrer und eine solche bis 10 Jahre 1 Sandsteinmehrer.

Altersstufen der Verstorbenen.

Die Verstorbenen erreichten ein Alter	Altersstufen							insgesamt
	bis 20 Jahre	20-30 Jahre	30-40 Jahre	40-50 Jahre	50-60 Jahre	60-70 Jahre	ab 70 Jahre	
Sandsteinmehrer	1	3	5	25	33	20	—	87
Sandsteinbrecher	—	1	1	1	10	—	—	13
Kalk- und Lithographie-Steinarbeiter	—	1	1	—	4	2	—	8
Griffelmacher und Schieferarbeiter	—	—	—	1	—	1	—	2
Marmor- und Granitsteinmehrer	—	1	7	9	24	12	4	57
Marmor- u. Granitschleifer	—	1	—	3	10	2	3	19
Pflastersteinmacher	—	12	2	9	15	12	4	54
Granitbrecher	—	5	10	10	13	7	2	47
Steinseher	1	9	6	14	18	27	12	87
Kammer	—	—	3	4	6	4	1	18
Hilfsarbeiter all. Branchen	1	11	9	11	22	13	14	81
Verstorben insgesamt	3	44	44	87	155	100	40	473
Prozentualer Anteil aller Verstorbenen an den Altersstufen	0,6	9,3	9,3	18,4	32,8	21,2	8,4	100%
Prozentualer Anteil der verstorbenen Sandsteinmehrer an den Altersstufen	1,2	3,5	5,7	28,7	37,9	23,0	—	100%

Von allen Verstorbenen überschritten 29,6 Prozent das 60. Lebensjahr, von den Sandsteinmehrer und Sandsteinbrechern nur 20 Prozent, von den Steinsehern und Kammer 41,9 Prozent. Von letzteren überschritten 12,4 das 70. Lebensjahr, 2 Steinseher wurden 80 Jahre alt. Der älteste Sandsteinmehrer war 69½ Jahre, doch gehörte er 20 Jahre einem anderen Berufe an.

Verbandsstreue

Im Juni blühten die aus nachstehenden Orten genannten Kollegen auf eine 25jährige oder noch längere Mitgliedschaft zurück in:

- Aue i. Erzgeb., Karl Künzel.**
Danzig, Gustav Janßen.
Eisleben, Otto Dettlinghausen, Ludwig Berger, Ludwig Anrathscheid, Anton Anrathscheid, Ferdinand Geyer, Friedrich Kennert, Louis Wagner.
Fürstenstein, Andreas Schmidt.
Germerode, August Rohlfase, Johannes Hesse, Heinrich Marg, Heinrich Sandrock, Ludwig Renke.
Hamburg, Karl Stern.
Kassel, Ernst Braunroth, Georg Günther, Heinrich Kraft, Arnold Löwer, Martin Jakob, Heinrich Eggert, Jakob Riedemann, Bernhard Koch, Konrad Landefeld, Frits Burghardt, Chr. Dejel, Heinrich Ulrich, Johann Mauermann, Georg Neusel, Johannes Diesterdich, Heinrich Wendel, Ludwig Knaut.
Nitzsch i. Sa., Gustav Scholze.
Ulm a. d. D., Wilhelm Schulze, Kaver Groß, Balthasar Walter, Jakob Hoffmann, Adolf Bankhoff, Hermann Schenk, Hermann Schödl.

Den genannten Jubilaren die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage; es sind recht alte Kampfshühner darunter, die zum Teil bis 40 Jahre dem Verbandsangehörigen. Möge diese gewerkschaftliche Treue recht viele Nachseher finden.

Ueber „Krankheit und Sterblichkeit“ läßt sich zusammenfassend am besten in Form von Tabellen berichten und wer von den Lesern sich darin vertiefen kann, findet an dieser Darstellung nichts Starres. Die Krankheitsangaben erstrecken sich nur auf die Verstorbenen, denn eine allgemeine Krankheitsstatistik von allen Verbandsmitgliedern wird bekanntlich im Verbandsrat nicht mehr geführt.

Die Sterblichkeit, die von der Staubeinwirkung bei der Bearbeitung verursacht wird, ist nach wie vor sehr hoch, sehr gering ist jedoch die Aussicht, daß die 2. Verordnung über Berufskrankheiten mit Anerkennung der Staublunge als Unfall auch auf die anderen Steinarbeitergruppen als Sandsteinarbeiter ausgedehnt wird.

Die an Staublunge und ihrer Auswirkung erkrankten Sandsteinarbeiter führen durchweg einen zähen aufreibenden Kampf, wenn ihr Körper zerrütet ist, um die Unfallrente. Und wie vorauszu sehen war, gehen über die Frage „schwere Staublunge“ die ärztlichen und die berufsgenossenschaftlichen Auffassungen mit jener der Steinarbeiter und ihrer Organisationsvertretung durchaus nicht gleich. Die ablehnenden Gutachten einzelner Ärzte sind weitfremd, müssen so sein, weil sie absolut keine richtige Vorstellung haben von der Steinbearbeitung und die Betriebe nur höchstens aus der Theorie kennen. Die Ansicht der Steinarbeiter und ihrer beruflichen Vertretung ist aber Laienansicht, für die entscheidenden Versicherungsinstanzen zählt nur das ärztliche Gutachten. Unter dem im Jahre 1929 Verstorbenen befinden sich eine ganze Anzahl Sandsteinarbeiter, die durch den Streit um die Rente den letzten Rest bekommen haben. Um eine lange genährte Hoffnung wurden sie abermals betrogen, wie das so oft im Arbeiterleben zu verzeichnen ist.

Gefahren der Steinbrucharbeit. Häslich. Am 24. Juni mittags stiftet der Kollege Arno Hauke aus Niederlichtenau, der bei der Firma Friedrich Rietscher beschäftigt ist, beim Verlassen des Bruches aus und stürzte ungefähr 5 Meter tief ab. Er erlitt hierbei einen leichten Schädelbruch und schwere Rückgratverletzungen. Mit dem Bezirkskrankenauto wurde der Bedauernswerte dem Barmherzigkeitsstift Kamenz zugeführt. Verschulden der Betriebsleitung liegt nicht vor. Die Arbeiterkamerader Kollegen Dreßler und Großmann sowie Dr. Rüdert leisteten die erste Hilfe. Am 26. Juni zog nachmittags ein Gewitter herauf. Ein Blitz schlug in die elektrische Leitung der Firma Sparmann u. Co. und betäubte den dort beschäftigten Schwebbahnführer Kühne aus Reichenbach. Glücklicherweise entstand kein größeres Unglück.

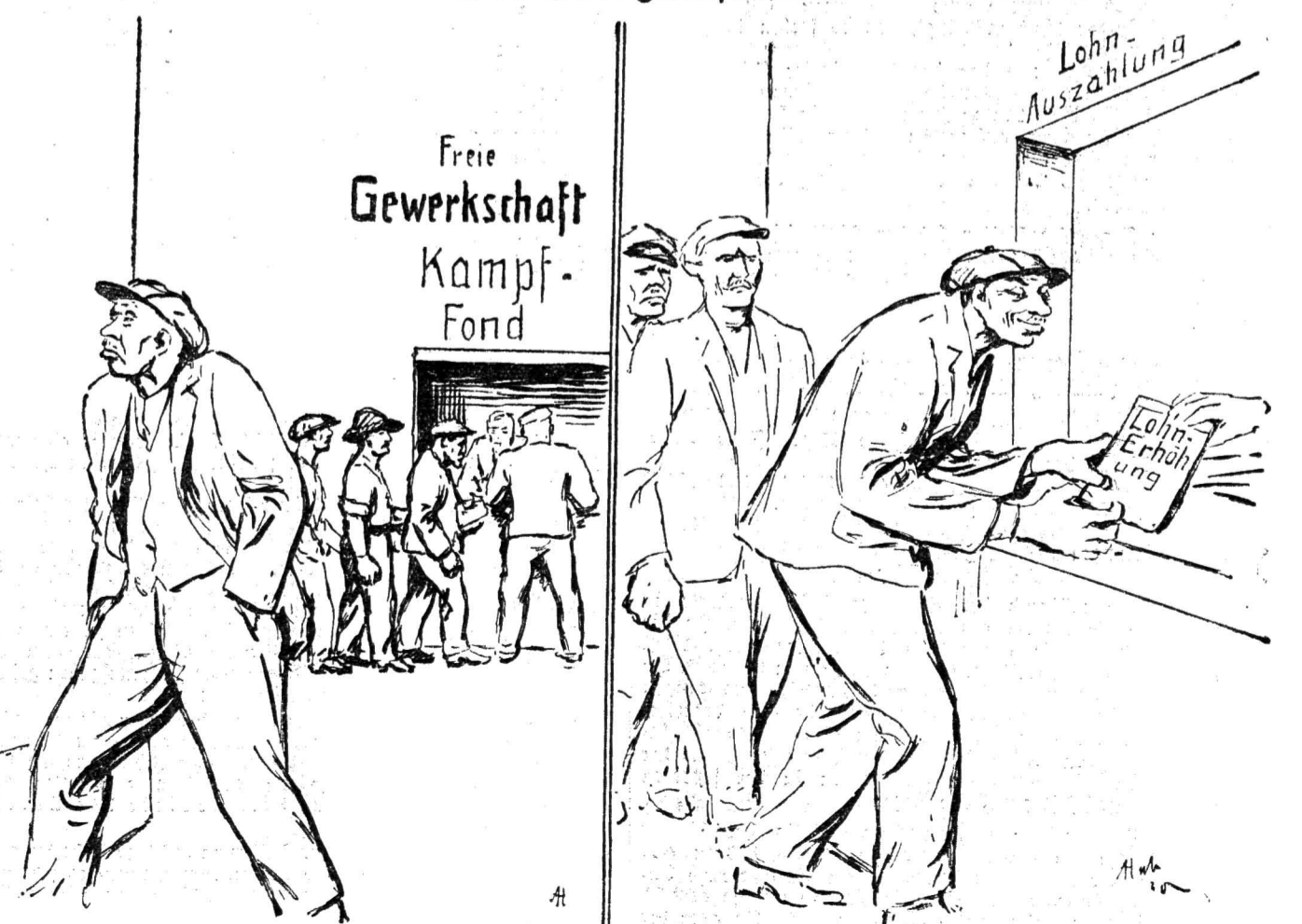
Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg am 17. Juni 1930. Gauleiter Kollege Laege eröffnet die Konferenz. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsamt. 2. Diskussion und Beschlußfassung. 3. Gewerkschaftliches. Das Protokoll der Konferenz vom 6. März 1930 wird verlesen; Einspruch nicht erhoben. Hierauf beschwert sich der Schriftführer, daß sein früherer Bericht 10 Wochen in der Redaktion lagerte, ehe er zum Abdruck kam. Fünf Kollegen wenden sich in scharfen Worten

gegen eine Zurückziehung in der Veröffentlichung unserer Tagungen und verlangen, daß keinerlei Benutzungen stattfinden. (Benutzungen finden auch nicht statt, nur ist mancher Bericht wichtiger wie ein anderer, das muß schon dem Redakteur zur Beurteilung überlassen bleiben. In der Sache wäre eine Beschwerde im Februar wichtiger gewesen, denn jetzt Ende Juni ist eine Nachprüfung nicht mehr möglich. Deshalb auch die Streichung im Bericht. D. Red.) Kollege Laege erstattet hierauf Bericht aus den Verhandlungen vor der paritätischen Schlichtungskommission. Die Delegierten sowie die Kollegen sind von allen Ergebnissen unterrichtet. Der Spruch des Schlichtungsamtes ist so ausgefallen, wie nach den Ergebnissen in anderen, besonders dem Baugewerbe, nicht anders zu erwarten war. — Die Erklärungsfrist läuft bis 1. Juli dieses Jahres. Die Diskussion hierüber wurde von 16 Kollegen bestritten; „Wenn“ und „Aber“ erwohnen und schließlich gelangte eine Kompetenzklärung der Konferenz mit 15 Stimmen gegen 9 Stimmen zur Annahme. In der Abstimmung wurde der Schlichtungsbericht mit 16 gegen 9 Stimmen angenommen. Unter „Gewerkschaftliches“ berichtet Kollege Laege über die Beratung des Reichsarbeitsvertrages, die bisher negativ verlaufen ist. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden Anregungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bzw. Arbeitsbeschaffung vorgetragen. Mit Recht wurde kritisiert, daß jetzt die Auswirkungen der Prämien und Akkordarbeit der guten Konjunktur sich bemerkbar machen. Es ist höchste Zeit, daß sich die Kollegen von Berlin bestimmen, wo sie hingehören, nämlich in den Zentralverband der Steinarbeiter! Mit einem Dank an die Delegierten erfolgte Schluß der Konferenz um 20.30 Uhr.

Bezirk Westerbald. Die außergewöhnlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse des hiesigen Bezirks zwangen die Bezirksleitung, die Funktionäre zu einer Konferenz am 15. Juni nach Erbach (Westerwald) einzuladen. Wie außergewöhnlich schlecht die Verhältnisse sind, zeigte, daß einige Zahlstellen keine Delegierten entsenden konnten. Nachdem die Konferenzleitung aus dem Kollegen Loß als Vorsitzendem und dem Kollegen Drees als Schriftführer bestimmt war, wurde die Tagesordnung gutgeheißen: 1. Die wirtschaftliche Lage in der Steinindustrie. Antrag des Bezirks auf Arbeitsbeschaffung. — 2. Bericht von der Kassenrevision in Marienberg. — 3. Neuwahl des Bezirksvorstandes. — 4. Vortrag des Vorsitzenden Herrn Römer vom Arbeitsamt Limburg über das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Der letzte Punkt wurde zuerst behandelt, da der Referent wieder frühzeitig fortmühte. Herr Römer behandelte in verständlicher Weise alle die Paragraphen, die die Beachtung der Erwerbslosen besonders erheischen. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Glöckner, Höhn, Wolf, Drees, Menges und Wülf. Ueber Punkt 1 der Tagesordnung referierte Kollege Wolf, der ausführte, daß 60 Prozent der Bevölkerung des Westerbaldes auf die Steinindustrie angewiesen sind. Davon zur Zeit 80 Prozent arbeitslos. Was man dem Osten gewährt, kann dem Westen nicht vorenthalten werden. Die Ansicht des Referenten wurde von der ganzen Konferenz geteilt, daß die deutschen Behörden viel zu langsam und schwerfällig arbeiten. Dies hätten zur Genüge die Verhandlungen einer holländischen Provinz mit der Deutschen Eisenbahngesellschaft wegen Frachtermäßigung auf Pflastermaterial gezeigt. Von dem Bezirk wird nichts unversucht gelassen, was zur Arbeitsbeschaffung beiträgt. Der Bezirksleiter, Kollege Wolf, wird auch an der am Montag, dem 16. Juni, stattfindenden Konferenz der Vertreter der sechs Kreise des Lohn- und Westerbaldgebietes teilnehmen, um die Behörden über die mißliche Lage der Steinarbeiter dieses Gebietes aufzuklären. — Im Bericht von der Kassenrevision in Marienberg kam zum Ausdruck, daß die Hauptkasse schon wiederholt für den Bezirk eingespungen ist. Die alleinige Schuld trage die große Arbeitslosigkeit im Bezirk. Auch sei bei einigen Zahlstellen nicht alles in Ordnung gewesen (Rothenbach, Wilfenroth, Molsheim und Langenaubach). Der Antrag des Hauptvorstandes, die Bezirksbeiträge zu erhöhen, rief eine rege Aussprache hervor. Fast alle Kollegen, die sich an dieser Aussprache beteiligten, wie Jung, Meusch, Menges, Zahn, Drees, Loß, Weber, waren der Ansicht, daß eine Erhöhung der Bezirksbeiträge in dieser wirtschaftlichen Depression nicht zu ertragen wäre, zumal die Erhöhung für die Verbands-Innostenunterstützung demnächst in Kraft tritt. Die Konferenz stellt fest, daß mehr als 80 Prozent der Kollegen arbeitslos sind, und regt an, die Mindereinnahmen des Bezirks durch die Hauptkasse zu decken. Dieser Zuschuß wird von selbst aufhören, sobald ein Teil der Kollegen wieder in Arbeit ist. Zu Punkt 3: Neuwahl des Bezirksvorstandes, wurden die Kollegen Schmitt, Wülf, Künzler, Meusch und Loß in den Vorstand gewählt. In der Hoffnung, daß alle Seiten dazu beitragen, den Steinarbeitern des Westerbalds Arbeit zu verschaffen, wurde die Konferenz geschlossen.

Der Anorganisierte



Beiträge zahlt er nie — aber er ist der erste, der die Erfolge des Verbandes für sich einheimst

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gespräch:

2. Gau: In Hohenau das Grabsteingeschäft von Emil Kneifel.

3. Gau: In Cosl bei Großpostwitz Sa. der Betrieb der Firma Max Gedan; sie bezahlt unter Tarif und stellt Verbandsmitglieder nicht ein. — In Nossen das Grabmal- und Kunststein-geschäft von Achilles für Steinmetzen und Bildhauer wegen Maßregelung.

11. Gau: In Bremen sämtliche Grabsteingeschäfte wegen Ab-bruchs der Tarifverhandlungen, wodurch tarifloser Zustand. Von der Sperre sind ausgenommen das Grabsteingeschäft von Franz Starke und die Abteilung Steinhauerei des gemeinwirtschaftlichen Bestattungs-Instituts. — In Bad Oldesloe die Tiefbau-firma Schulz. (Dort bekommen die Steinmetzen und Berufsge-nossen keinen Lohn). — In Cursbed-Neuengamme die Firma Gustav Jans (Straßenbau), zahlt nicht nach Tarif.

*

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Rundschau

Zusammenkunft in der oberbergischen Grauwackenindustrie. In der Generalversammlung der Vereinigung oberbergischer Grauwackenbetriebe vom 7. Juni — so entnehmen wir der „Steinindustrie“ — nahm der Zusammenkunft gedankte feste Form an. Unter dem Namen „Steinkontor“ hat sich die Verkaufsorganisation der oben genannten Vereinigung zu einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht (Sitz Gummersbach, Rheinland) zusammen-geschlossen. Die vom Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam ausgearbeiteten Statuten wurden genehmigt und von sämtlichen Teilnehmern unterzeichnet. Die Genossenschaft, die gerichtlich eingetragen wird, umfaßt mittlere und kleinere Steinbruchbetriebe des oberbergischen Gebiets in den Kreisen Gummersbach, Wipperfurth, Waldbröl und Olpe. Alle Steinbruchbetriebe, deren Betriebe festes, hartes Grauwackenmaterial ergeben und die Wert auf eine durchaus handelsübliche Bearbeitung legen, wie sie die staatlichen und städtischen Behörden verlangen, können sich auch weiterhin anschließen. Das Büro des „Steinkontors“ befindet sich in Gummersbach, Lebrichtstraße 2.

Der Lebenshaltungsindeks soll endlich reformiert werden. Der Index der Lebenshaltungskosten spielt in Deutschland eine nicht geringe Rolle. Bei Lohnverhandlungen wird er in der Regel als das Existenzminimum angesehen. Die errechneten Indeziffern konnten aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, weil wichtige Ausgabenpunkte fehlten. Nicht berücksichtigt waren nämlich bei der Aufstellung des Indezes die Sozialbeiträge und Steuern, um nur die Hauptpunkte zu nennen. Wie das reichsstatistische Amt bekanntgibt, hat man mit den Vorarbeiten für eine Reform der Weizsäcker des Lebenshaltungsindeks begonnen. Man will sich dabei auf die vor einiger Zeit vorgenommenen Haushaltsrechnungen stützen. Die Umänderung des Lebenshaltungsindeks ist sehr zu begrüßen. Hoffentlich läßt die Beendigung der Vorarbeiten nicht so lange auf sich warten.

Anstatt Preisentzug Brotverteilung. In einzelnen Städten gehen die Bäcker dazu über, die Brot- und die Gebäckpreise zu erhöhen. Und dies ausgerechnet zu einer Zeit, wo über das Thema Preisentzug Häßer voll Tinte verstrichen und Lohnsenkungen in verschiedenen Bezirken von den Unternehmern durchgeführt werden. So ist beispielsweise in Groß-Frankfurt (Main) der Brotpreis von 60 auf 65 Pfennig bei Weizenbrot, von 58 auf 60 Pfennig bei reinem Roggenbrot durchgeführt worden. Dies ist geschehen, um eine „Anpassung“ der Brot- und Gebäckpreise an die gestiegenen Getreidepreise durchzuführen. Die „Frankfurter Zeitung“ befindet sich durchaus im Recht, wenn sie zu einer derartigen Maßnahme folgendes schreibt: „Daß das Frankfurter Bäckergewerbe in dieser Zeit schwerster Entbehrung der meisten Volksschichten und größter Arbeitslosigkeit, in einer Zeit, in der Preisentzug eine allgemeine und volkswirtschaftlich wichtige Parole ist, den Mut besitzt, seinerseits zu einer Brotpreiserhöhung zu schreiten, ist wahrhaft verblüffend. Daß es den Mut besitzt, die Verbraucher durch eine Preissteigerung für das wichtigste Nahrungsmittel zu belasten, statt eine kleine Schmälerung seiner Verdienstspanne auf sich zu nehmen, die möglicherweise durch die bei gesunkenem Roggenmehlpreise gleichzeitige gestiegenen Weizenmehlpreise entstehen könnte — das gerührt angeichts der respektablen Höhe dieser Verdienstspanne, wie sie zum mindesten seit fast einem Jahre besteht, zu dem Erstaunlichen, was unsere an Erstaunlichem wirklich nicht arme Gegenwart zu bieten hat. Es wird von größtem Interesse sein, zu erfahren, ob das Bäckergewerbe auch in anderen Städten den gleichen verblüffenden Mut aufbringt, den es soeben in Frankfurt an den Tag gelegt hat.“

Ein solches Vorgehen wie das der Frankfurter Bäckermeister gehört in der Tat zu dem Erstaunlichsten, was man in letzter Zeit erlebt hat. Da diese Maßnahme nicht allein steht, kann sich jeder einen Begriff machen, auf welche Art und Weise bestimmte Kreise zu der Preisentzugaktion beigetragen gedenken. Ein Hohn ist es, angesichts dessen eine Herabsetzung der Löhne in Erwägung zu ziehen.

Zunehmende Frauenkrankheiten bei der Mutterschaft. Wilhelm Busch hat ein geflügeltes Wort geprägt: „Vater werden ist nicht schwer, Vater sein dagegen sehr!“ Man könnte dieses Wort jedoch mit einem größeren Recht auf die Mutter in Anwendung bringen. Die Aufzucht von Kindern wird immer teurer. Aber auch die Entbindung und deren Folgen sind, wie jeder weiß, keine einfache Sache. Dafür gibt der Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg für das Jahr 1929 einen treffenden Beweis:

Erkrankung während der Schwangerschaft	1929		1928	
	Fälle	Tage	Fälle	Tage
Schaft	427	15 611	332	10 870
Frühgeburt	56	1 722	55	1 758
Fehlgeburt	2222	70 425	2156	66 646
Gebärmutterblutungen	81	2 821	25	994
	2786	90 579	2568	80 268

Die Erkrankung während der Schwangerschaft erforderte in dem verfloßenen Jahr mehr als 15 000 Krankentage. In die Augen springend ist die Erkrankung bei Fehlgeburten. Nicht weniger als 70 000 Krankentage kamen hierfür in Betracht. Da man infolge des Geburtenrückgangs nach Mittel und Wegen findet, die Bevölkerungsbewegung anzufachen, ist eine derartige Zunahme der Erkrankung vor und nach der Geburt sicher beachtlich. Die Krankenkassen leisten einen großen Dienst im Sinne der Bevölkerungsbewegung, wenn sie den Frauen in der schweren Zeit der Schwangerschaft zur Seite stehen.

Die große Younganleihe ist zustande gekommen. Es hat längere Zeit gedauert, ehe sich die internationale Bankwelt dazu entschließen konnte, die erste große internationale Anleihe nach Annahme des Youngplanes aufzulegen. Die Anleihe war so gedacht, daß sie 300 Millionen Dollar netto erbringen sollte. Da aber der Begebungsturs sich auf etwa 85 v. H. stellte, mußte der Nennwert der Younganleihe auf rund 350 Millionen Dollar erhöht werden.

Die Anleihe ist mit 5½ v. H. nominell verzinslich und innerhalb von 35 Jahren, d. h. also bis spätestens zum Jahre 1965, zu tilgen. Die Anleihe wurde in allen fortgeschrittenen Staaten aufgelegt. Die größten Zeichnerländer waren: Die Vereinigten Staaten, Frankreich (beide je rund 98 Millionen Dollar), England, Holland und Schweden. In Deutschland wurden insgesamt 8,57 Millionen Dollar gezeichnet. Vom Erlös erhalten Frankreich 132,2 Millionen, Deutschland 100, England 50, Italien 13,1 Millionen Dollar usw. Demnach wäre die erste große Gemeinschaftsanleihe der internationalen Finanz zur Tatsache geworden. Die deutsche Regierung ist ab 1935 berechtigt, die Anleihe ganz oder teilweise zu pari zur Rückzahlung zu bringen. Die Emission des deutschen Anteils wird durch das sogenannte Reichsanleihe-Konjunktium vorgenommen. Die 100 Millionen Dollar, die Deutschland bekommt, werden an die Reichspost und an die Reichsbahn weitergeleitet. Ertere soll 160 Millionen Mark und letztere 240 Millionen Mark erhalten. Den Gläubigern gegenüber haftet nur das Deutsche Reich. Die Reichsbahn und die Reichspost sollen die Mittel aus dieser Anleihe zu Investitionen verwenden. Dadurch kann die deutsche Wirtschaft eine föhrlbare Entlastung erhalten. Nicht erklärlich ist es, warum Frankreich so großes Gewicht darauf legte, eine so erhebliche Summe aus dem Anleiheertrag zu erhalten. Frankreich ist das einzige europäische Land, welches über erhebliche Mengen flüssigen Kapitals verfügt.

Ein Werk gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Zusammenarbeit

Vor einigen Monaten wurden die vorläufigen Zahlen über die Geschäftsergebnisse der Volksfürsorge im Jahre 1929 mitgeteilt. Anfang Juni tagte die Generalversammlung der Aktionäre und genehmigte den vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgelegten Rechenschaftsbericht über das Jahr 1929. Es war — wie in jedem Jahre um diese Zeit — eine Zusammenkunft von berufenen Vertretern der freien Gewerkschaften und deutschen Konjunktionsgenossenschaften, die die Gründer und Aktionäre des Unternehmens sind. Aus dem Bericht des Vorstandes der Volksfürsorge geht hervor, daß Ende vorigen Jahres ein Bestand von 1 918 207 Volks- und Lebensversicherungen mit rund 783 Millionen Reichsmark Gesamtversicherungssumme vorhanden war. Von den am Jahresluß insgesamt in Deutschland laufenden 11 bis 12 Millionen Volks- und Lebensversicherungen zählte also ein Sechstel allein zum Bestande der Volksfürsorge. Dabei muß man berücksichtigen, daß rund 80 private und öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsbetriebe — von kleineren unbedeutenden „Versicherungseinrichtungen“ abgesehen — in Deutschland konkurrieren. Schon diese Tatsache zeigt, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen eine hervorragende Stellung in der deutschen Lebensversicherung einnimmt. Wohl beeinträchtigt die ungeheure Wirtschaftskrise auch die weitere Entwicklung der Volksfürsorge; aber die Hoffnung ist berechtigt, daß trotz der ungünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt Hunderttausende neuer Versicherungen auch in diesem Jahre abgeschlossen werden.

Mit der Gesamtversicherungssumme von fast 800 Millionen Reichsmark stand die Volksfürsorge Ende 1929, obwohl hauptsächlich die kleine Lebensversicherung mit niedrigen Versicherungssummen betreibend, unter allen deutschen Lebensversicherungsunternehmen an 3. Stelle. Vor der Volksfürsorge stehen hinsichtlich der Gesamtversicherungssumme nur der Allianz-Konzern, der zahlreiche, früher selbständig gewesene Versicherungsbetriebe aufnahm, und die bald acht Jahrzehnte alte Viktoria.

Das Jahr 1929 brachte der Volksfürsorge 580 638 Versicherungsanträge. An Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen ergaben sich 45,8 Millionen Mark. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen beliefen sich auf 2,9 Millionen Mark; bis jetzt seit November 1923 (Beendigung der Inflation) sind rund 10 Millionen Mark ausgezahlt. 8360 Sterbefälle wurden im vorigen Jahre reguliert. An der Spitze stehen mit 949 Fällen die Infektionskrankheiten, dann folgen mit 907 Fällen die Unfälle, Krebs kam in 670 Fällen als Todesursache vor, Selbstmord in 372 Fällen, Entbindungen und Wochenbettkrankheiten in 187 Fällen, Tuberkulose (ohne Lungentuberkulose) in 112 Fällen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1929 weist einen Ueberschuß von nahezu 9,9 Millionen Mark aus, der auf Beschluß der Generalversammlung wie folgt verteilt wurde:

Je 5 Prozent, das ist ein Betrag von je 494 000 Mark, zusammen rund 1 484 000 Mark nach § 39 des Gesellschaftsvertrages dem gesetzlichen Reservefonds, dem Kriegservervefonds und dem Fonds besonderer Reserven. Weitere 50 000 Mark dienen als Verzinsung des von den Gewerkschaften und Genossenschaften aufgetragenen Aktienkapitals. Den Aktionären der Volksfürsorge fließen also keine Aktionärsdividenden zu. Den mit Gewinnanteil Versicherten der Volks- und Lebensversicherung werden unter Hinzunahme der 1928 verrechneten, infolge Ausscheidens der Versicherten aber nicht gutgeschriebenen Gewinnanteile insgesamt rund 8,4 Millionen Reichsmark als Gewinnanteile gewährt. Das entspricht: 30 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie der Volks- und 35 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie der Lebensversicherung. Die Gewinnanteile werden verzinst (der Zinsfuß für die gutgeschriebenen Gewinnanteile ist für das im Jahre 1929 beginnende Versicherungsjahr auf 7 Prozent festgesetzt worden) und wird bei Fälligkeit der Versicherungsleistung mit ausbezahlt. Die tarifmäßige Versicherungssumme wird durch diese jährlich angefallenen und verzinsten Gewinnanteile beträchtlich erhöht. Rund 20 Millionen Mark machen bereits die den Versicherten der Volksfürsorge zustehenden Gewinnanteile und Zinsen aus. Der Grundsatz „Alle Gewinne den Versicherten!“ kommt also bei der Volksfürsorge praktisch zur Durchführung.

Aus der Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1929, die in Aktiva und Passiva mit je 94,7 Millionen Reichsmark abschließt, seien noch folgende Posten angeführt:

Aktiva: Grundbesitz 2,1 Mill. RM, Hypotheken und Grundschuldforderungen 49,2 Mill. RM, Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften 22,6 Mill. RM, Wertpapiere 7,1 Mill. Reichsmark, Guthaben bei Banhäusern (Bankeinstellung der GEG Hamburg, Arbeiterbank-Berlin, Arbeiterbank-Filiale Hamburg) 6,6 Mill. RM. Das Vermögen beläuft sich am Jahresluß auf rund 88 Millionen Reichsmark.

Passiva: Aktienkapital 2,5 Mill. RM, (davon eingezahlt 1 Mill. RM), Prämienreserven 63,4 Mill. RM., Gewinn 9,9 Millionen RM.

Die Volksfürsorge ist als Unternehmen der Arbeiterschaft an deren Wohlergehen nicht nur menschlich, sondern auch geschäftlich stark interessiert. Geht es der Arbeiterschaft gut, dann finden die Vertrauenspersonen der Volksfürsorge auf den Werbegängen bei den Leuten ein willigeres Ohr. Die Volksfürsorge, Ende 1912 gegründet, hat die Kriegs- und Inflationszeit verhältnismäßig gut überstanden; sie entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem bedeutenden und anerkannten Versicherungsunternehmen, dem von den Gewerkschaften und Genossenschaften zwei Hauptaufgaben gestellt wurden, die sie in vorbildlicher Weise löste:

Allen Volksgenossinnen und -genossen eine gute und billige Lebensversicherung zu bieten, als wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu dienen.

Mögen bald die Anzeichen einer Besserung auf dem Arbeitsmarkt kommen; dann werden auch viele Arbeitnehmer, denen es jetzt verjagt ist, den Weg zur Volksfürsorge finden, die gegenwärtig 2 Millionen Polizen hat. In der Volksfürsorge hat sich die deutsche Arbeitnehmerschaft ein Werk geschaffen, das zu gewaltigen Leistungen berufen ist.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berammlungen:

Am 12. Juli in München um 19 Uhr im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.

Am 13. Juli in Darmstadt um 14 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Am 19. Juli in Meifen um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

Am 20. Juli in Kolberg bei Gukke, Stettiner Straße.

Vertikale Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt in Calbe (Saale), Lüneburg und Göttingen.

Senftenberg. Der Kollege Gustav Großmann ist seinen Verpflichtungen nachgekommen.

Essen. Der Steinmetz Leo Kaiser wurde wegen seines loslegens- und verbandsschädigenden Verhaltens vor längerer Zeit von der Sektion der Steinmetzen einstimmig ausgeschlossen. Vor Leo Kaiser wird gewarnt, denn er versucht mit allen Mitteln und Sinesen jeden, der ihm in den Weg kommt, hineinzulegen, durch Pump usw.

Adressenänderungen

1. Gau: Marienburg. Kass.: Johann Weiß, Scharnhorststraße 2, Sieblung.
2. Gau: Steinau (Oder), Borf. u. Kass.: Paul Vogt, Gartenstraße 36. — Schreiberhau. Kass.: Alfred Linke, Nieber-Schreiberhau (Kielens),
3. Gau: Auerbach. Kass.: Albin Schädlich, Kumpesgrün-Auerbach (Vogland), Hauptstraße 41. — Wechselburg. Borf.: Fritz Krause, Zohnitz Nr. 4 b. Rodlitz (Sa.).
5. Gau: Annen. Borf. u. Kass.: Karl Borf, Witten-Annen, Wemmerstraße 25. — Bonn. Borf.: Franz Willms, Georgstraße 7. — Uerath. Borf.: Albert Göttinger, Dahlhaußen b. Hennef (Sieg) -Land.
9. Gau: Birtheim. Postbezeichnung: Gehlhäuser-Land.
10. Gau: Unken. Kass.: Heinrich Bothe, Holtensen b. Hameln Nr. 57.

Neue Bücher, Zeitschriften

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Schriftleitung: Lothar Erdmann. Heft 6, 1930. Verlags-gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M., für Organisationsmitglieder 2,85 M. — In dem hiesigen Kampf, der gegen den Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Deutschland geführt wird, ist es eine wertvolle Waffe, die Maßnahmen zu kennen, die für die Arbeitslosen in anderen Ländern getroffen worden sind. In einem klar gegliederten Aufsatz spricht der Sekretär der Forschungsstelle der britischen Arbeiterpartei, G. Grant McKenzie, über das System der „Staatlichen Fürsorge für die Arbeitslosen in Großbritannien“. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß sich die englische Arbeiterbewegung gegen ähnliche Angriffe zu wehren hat, wie sie bei uns in Deutschland gegen diesen neuesten Zweig der Sozialreformierung geführt worden sind. Dr. E. Schmann, der Verfasser des neuesten Buches über den sozialistischen Staat in Italien, behandelt aus eingehender Kenntnis des lebendigen Realis „Die Lohnsetzung im sozialistischen System“. Dr. W. Ungersberg erörtert in einem Aufsatz „Sozialreform und die Probleme der Diktatur und die Lage der russischen Wirtschaft“. In der sehr eingehenden, durch eine Fülle von Einzelheiten belebten Ausführungen beschäftigt sich der Referent für Arbeitswissenschaft und Rationalisierungspolitik bei der Wiener Arbeiterkammer, Hans Mars, mit den „Neuen gewerkschaftlichen Aufgaben“, die sich für die Gewerkschaft auf dem Gebiet der Produktions- und Betriebspolitik ergeben. Aufgaben, die auf wissenschaftlichem wie auf praktisch-politischem Gebiet liegen. In die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung führt ein Artikel von Richard Seibel zurück, der das „historisch bedeutsame Thema „Streits als Wegbereiter der Gewerkschaften“ unterjucht. Er legt auseinander, wie sich für das Bewußtsein der Arbeiter in jenen Anfangsjahren der Streit und Organisation zueinander wie Zweck und Mittel verhielten. War dem Zweck (dem Streit) Genüge geschehen, so erschien das Mittel, die Organisation, überflüssig und verlor an Interesse. Der letzte Aufsatz ist der erste Teil einer Untersuchung aus der Feder des Altmeisters der deutschen Soziologie, Ferdinand Tönnies, der, geführt auf reiches historisches Material, das insbesondere in dem zweiten Teil verarbeitet ist, über den „Reichum und seine Verteilung“ aufschlußreiches, historisches Material, insbesondere über die Verteilung, beibringt. In der „Rundschau der Arbeit“ berichtet Franz Spielert in der sozialpolitischen Chronik ausführlich über die Gesamtsituation, den Arbeitsmarkt, die Finanzen der Reichsanstalt, den Kampf um den Arbeitslosenlohn, die Reform der Krankenversicherung und die Kämpfe gegen das Lohnniveau. Eine kurze Schriftenübersicht bildet den Schluß des Heftes.

Anzeigen

Werkzeugschmied

welcher auf das Schären und Anfertigen von sämtlichen Steinmetzwerkzeugen gut eingearbeitet ist, findet dauernde Beschäftigung in Berlin. Offerten unter F. 100 befördert die Schriftleitung.

Tüchtige

Granitschleifer

die hand- und maschinenschleifen können, zum sofortigen Eintritt gesucht. Reichslohntarif u. Ortszulage.
Granit- & Diabaswerke
P. Burger, Ing.
Baumholder (R.-Bez. Trier)

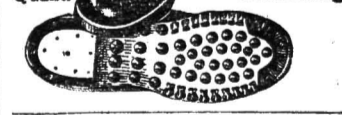
Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 15.- Mk., aus II-Drahtleder 9.- und 6,50 Mk., Mauersocken 1,20 Mk.

Echt Linder-Manchesterhosen Qual. I 17.-, II 13.-, III 11.- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis.
Emil Hofffeld, Dresden 6, Ritterst. 2

Den bekannt guten u. bestbewährten handgearbeit. Steinbruchsuh. 14,75 Reelleste Belfeier. Hochw. Qualität.
Verlangen Sie Preisliste Herm. Wölbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg



Bücher die in kein Zahlstelle fehlen dürften, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Höchstädt am 24. Juni der Schleifer Heinrich Dilsch, 24 Jahre alt, Paratyphus, 14 Tage krank.

In Altenhain am 25. Juni die Knackschlägerin Amalie Zippel, 70 Jahre alt, Lungenentzündung, 4 Wochen krank.

In Landsberg a. d. Warthe am 25. Juni der Steinsetzer Friedrich Schulz, 75 Jahre alt, Schlaganfall, 33 Wochen arbeitsunfähig.

In Groß-Kunzendorf am 27. Juni der Schleifer Alfred Brosig, 35 Jahre alt, Gehirnentzündung, 16 Tage krank.

In Löbejün am 27. Juni der Brecher Thomas Madl, 46 Jahre alt, Unglücksfall.

In Eltmann am 29. Juni der Hilfsarbeiter Georg Kropp, 33 Jahre alt, beim Baden ertrunken.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.